

„ZUE hat Lagercharakter“

Flüchtlingsunterkunft in Ibbenbüren

Freitag, 28. Dez. 2018 - 17:43 Uhr von Sabine Plake

Nicht nur positiv beeindruckt waren der Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Tecklenburg, André Ost, und Pastor Reiner Ströver, Flüchtlingsbeauftragter des Kirchenkreises, von der Zentralen Unterbringungseinrichtung in Ibbenbüren. Die Beiden besuchten kürzlich die Einrichtung und kritisieren vor allem den „Lagercharakter“. Ein Interview.

TECKLENBURGER LAND. Nicht nur positiv beeindruckt waren der Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Tecklenburg, André Ost, und Pastor Reiner Ströver, Flüchtlingsbeauftragter des Kirchenkreises, von der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Ibbenbüren. Beide besuchten kürzlich die Einrichtung, um sich einen persönlichen Eindruck von der Unterkunft zu machen, die in der Spitze bis zu 900 Flüchtlinge beherbergen soll. Ein Interview.

Warum war Ihnen ein Besuch in der ZUE wichtig?

Ost: Wir sind im Kirchenkreis sehr aktiv in der Flüchtlingsarbeit. Es gibt den runden Tisch „Asyl und Integration“, wir haben mit Pastor Ströver extra einen Synodalbeauftragten für die Flüchtlingsarbeit. Das Thema ist uns wichtig. Die ZUE ist hier vor der Haustür. Es gibt aktuell ein Positionspapier der Evangelischen Kirche von Westfalen, das heißt „Ich bin fremd gewesen, und Ihr habt mich aufgenommen“, mit dem wir uns 2019 intensiv beschäftigen werden. Unser Thema: Wie sehr bewegt uns Migration? Was macht das mit uns? Was macht das mit unserer Kirche?

Was war Ihr Eindruck von der ZUE?

Ost: Es gab positive, aber auch negative Eindrücke. Schon im Vorfeld hat uns das Prozedere etwas irritiert. Sie müssen sich anmelden, sie bekommen einen Termin, sie müssen sich ausweisen. Die Einrichtung selbst vermittelt Geschlossenheit. Sie hat einen Zaun, es gibt den Sicherheitsdienst, die Verwaltung auf dem Gelände ist noch mal extra geschützt. Für mich hat die ZUE Lagercharakter. Ich befürchte dort eher die Isolierung von geflüchteten Menschen, als dass sie integriert werden.

Pastor Ströver: Als die Verantwortlichen merkten, wie wir reagierten, haben sie das erklärt: Es dient natürlich der Sicherheit, um die Geflüchteten auch vor fremdenfeindlichen Übergriffen zu schützen. Auf der anderen Seite muss man sich vorstellen, wie sich die dort lebenden Menschen vorkommen. Die ZUE schottet sich ab – auch gegenüber der Bevölkerung. Ehrenamtliche Helfer kommen da nicht rein. Der Kontakt zur Zivilgesellschaft wird erschwert.

Was glauben Sie, macht das mit den Menschen?

Ost: Diese lagerhafte Situation verschärft meiner Meinung nach die Situation für die Geflüchteten. Der Aufenthalt dort droht zu einem Ort der Perspektivlosigkeit zu werden. Zudem dauern die Verfahren ja recht lange. Sie müssen dort Anträge ausfüllen, bekommen Bescheide, viele von ihnen müssen zurückkehren. Sich irgendwie zu integrieren wird ihnen doch unmöglich gemacht. Gleichzeitig will man aber die Verfahrensdauer laut Asyl-Stufenplan auf bis zu 24 Monate verlängern. Und diese 24 Monate verbringen die Menschen in dieser Einrichtung.

Sie haben sich die ganze Einrichtung angeschaut?

Ost: Ja, wir wurden durch alle Bereiche und Zimmer geführt. Es ist gut, dass die alten Container durch neue ersetzt wurden. Die Menschen werden in Acht-Bett-Zimmern untergebracht, einige in Vier-Bett-Zimmern.

Ströver: Ich bin ein fröhlicher Mensch, aber 24 Monate in solch einem Vier-Bett-Zimmer, das würde mich runterdrücken, da würde sich Perspektivlosigkeit einstellen. Und zwei Drittel von den Menschen in der ZUE sind ohne Bleiberechtigkeitsperspektive, wissen, sie haben keine Chance. Das andere Drittel sind Flüchtlinge mit Bleiberechtigkeitsperspektive. Das birgt doch Zündstoff.

Es hat schon mal Bestrebungen gegeben, mehr Transparenz auch nach außen zu erzielen?

Ströver: Ja, in einer der Versammlungen zur ZUE, an der auch die Nachbarn teilnahmen, gab es die Anregung, einen Beirat zu gründen mit unterschiedlichen Beteiligten, beispielsweise den Nachbarn, der Flüchtlingshilfe, den Kirchen. Dieser soll dann auch die Öffentlichkeit informieren. Dann wüsste man auch, dass wenn fünfmal am Tag die Polizei anrückt, sie dort Präsenz zeigt und nicht zu einem Einsatz fährt.

Wie haben Sie die Verantwortlichen erlebt?

Ost: Alle sind sehr engagiert, die Bezirksregierung, die Leitung des DRK, das Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche. Alle haben dort das Wohl der Menschen im Blick.

Sie haben eher Kritik an der Politik?

Ost: Ja, es geht um die politischen Verfahren. Es erschüttert mich, wenn Menschen, insbesondere Kinder, dort sechs bis 24 Monate leben müssen und das in einer schlichten Unterkunft, von der Zivilgesellschaft abgekoppelt. Das ist nicht Integration. Das fördert meiner Meinung nach auch fremdenfeindliche Einstellungen. Zudem haben die Kinder derjenigen, die keine Aussicht auf ein Bleiberecht haben, keine Schulpflicht. Das finde ich problematisch, dass Kinder dann gegebenenfalls zwei Jahre nicht beschult werden.

Ströver: Da könnte man auch mal fragen, ob das nicht der UN-Kinderrechtskonvention widerspricht. Ich hoffe, dass sich hier etwas ändert. Ich bin ganz stolz auf unseren Staat mit der freien Meinungsäußerung, der freien Religionsausübung, Gleichheit. Aber ich finde, schon jetzt hat Deutschland ein Drei-Klassen-System bei den Flüchtlingen. Erstens: die Integrierten. Zweitens: die Flüchtlinge mit einer Duldung, dort ist unter anderem die Schulpflicht geregelt. Drittens die ärmsten der Armen. Sie bekommen nicht die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sondern Taschengeld und Sachleistungen. Sie dürfen in der Einrichtung keinen Besuch empfangen. Sie dürfen keine Schule besuchen. Es gibt viele Kranke dort oben, traumatisierte Männer und Frauen. Aber sie bekommen nicht die gleiche gesundheitliche Versorgung wie wir und schon gar nicht psychologische Hilfe. Da fehlt es an Unterstützung. Was ich zudem nicht in Ordnung finde, sind die nächtlichen, unangekündigten Abschiebungen, die ja auch andere mitbekommen. Muss das sein?

Sie haben auch Zweifel, ob die unabhängige Beratung in der ZUE richtig angesiedelt ist.

Ströver: Die ZUE ist sehr behördlich strukturiert. Dort gibt es den staatlichen Auftrag, möglichst schnell eine Entscheidung im Asylverfahren bzw. über die Rückführung zu treffen. Das Problem: Die unabhängige Beratung, angeboten vom Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche, sitzt auf dem gleichen Flur. Diese soll allerdings beraten, welche Möglichkeiten auf Asyl es gibt, ob alle Wege ausgereizt sind, sie vermittelt auch einen Anwalt. Das sind völlig unterschiedliche Interessen. Ich habe schon von Bewohnern gehört, dass es dort oben nur heißt: Da ist das Regierungsgebäude. Da muss ich hin, wenn ich einen Anranger bekomme, da werde ich auf die freiwillige Rückkehr hingewiesen oder auf meine Abschiebung aufmerksam gemacht. Die meisten wissen vielleicht gar nicht, dass da auch noch welche sind, die tatsächlich ihre Interessen vertreten.

Ost: Da stellt sich die Frage, wie unabhängig ist die unabhängige Beratung wirklich?

Ströver: Die Arbeit wird dadurch erschwert, dass für die Gespräche notwendige Berater und Dolmetscher erst bei der Bezirksregierung angemeldet werden müssen. Ein Handicap ist ebenfalls, dass die Verfahrensberater keine aufsuchende Arbeit machen dürfen, sondern darauf angewiesen sind, dass die Leute zu ihnen kommen.

Was sollte sich ändern?

Ost: Wir brauchen zur Lösung des Flüchtlingsproblems in unserem Land ein Einwanderungsgesetz und die Solidarität der europäischen Staatengemeinschaft. Von Gewalt und Terror bedrohten Menschen muss geholfen werden. Die Unterbringung von Flüchtlingen sollte überwiegend dezentral sein, der Aufenthalt in solchen Einrichtungen auf kurze Zeiträume beschränkt bleiben. Sonst gelingt uns keine Integration.

Leserkommentare (3)

- Sa. 29.12.2018 13:17 Uhr von werner wiemerslage

Auch wenn ich für meine vorliegende Stellungnahme zu dem Bericht „ZUE hat Lagercharakter“ von einigen Leuten richtig auf die Presse bekomme, muss das Folgende mal geschrieben werden: Fakt ist, Deutschland ist eines der reichsten Industrieländer der Welt zum Helfen sind wir Deutschen auf Grund unserer Vergangenheit moralisch verpflichtet. Und das passiert auch deutschlandweit und in einem riesigen organisatorischen Umfang. Aber um wen handelt es sich im Allgemeinen wenn man an einen Flüchtling denkt? Der geflüchtete und angekommene Asylbewerber, der in Deutschland (eines der sichersten und freiesten Länder der Welt) nun um Schutz sucht, ist aus seinem Heimatland geflüchtet, in dem Kriege herrschen, die Regierungen korrupt sind, keine Sozialsysteme existieren und indem keine oder nur sehr begrenzte wirtschaftlichen Systeme existieren. Nun ist der (... meist junge Erwachsene, inkl. seiner kulturellen und moralischen Erziehung aus seiner Heimat) Geflüchtete nach einer langen und sehr gefährlichen Flucht in Deutschland angekommen und genießt, mindestens über den zeitlichen Zeitraum seines Verfahrens, ein „sicheres all inclusive Programm“. Denn er muss nicht mehr um sein Leben fürchten, darf seine freie Meinung verkünden und um sein wirtschaftliches Überleben / Versorgung kümmern sich Andere etc.. Gegenüber seinen Heimatland befindet sich der Geflüchtete im Paradise City. Alles ist organisiert und wird von der sozialen Gemeinschaft bezahlt! Nun gibt es für einige Flüchtlinge, oder auch einige kirchliche Vertreter, einen Wermutstropfen, denn einige Flüchtlinge müssen aus organisatorischen Gründen in einer Anordnung aus Wohncontainer leben die an Lagern erinnern können, die durch Zäune und begehbare Tore begrenzt sind. Hinweis zu den Toren und Zäunen: Diese Begrenzungen haben viele Hauseigentümer auch! Wenn die deutschen Leistungen gegenüber den Flüchtlingen immer noch nicht genug sind, dann steht es auch Vertretern der Kirchen frei, geldliche Mittel aus der eigenen Schatulle zu nehmen und die Wohnsituation des Geflüchteten zu entspannen. Und das die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und Co. nach Jahren immer noch niedergelegt wurden, dafür darf sich der besorgte Bürger bei Teilen von korrupten Politikern bedanken.
Detlev Walterskötter

- Sa. 29.12.2018 20:45 Uhr von Manfred Egelkamp
Die Security in der ZUE leistet genau das, was die Bezirksregierung verlangt. Nicht mehr und auch nicht weniger! M. E.
- So. 30.12.2018 10:52 Uhr von Christian Schmidt
Ich Zitiere: "Wir brauchen zur Lösung des Flüchtlingsproblems in unserem Land ein Einwanderungsgesetz und die Solidarität der europäischen Staatengemeinschaft." Leider haben wir nichts von beidem. Das "Einwanderungsgesetz" unterscheidet nicht sauber zwischen Asyl und Migration und das Wort "Solidarität" bringt mich im europäischen Kontext eher zum lachen (wenn es nicht so traurig wäre). Man muss das ZUE als das betrachten was es ist, eine Einrichtung für Menschen mit geringen Aussichten auf einen dauerhaften Aufenthaltstitel. Und wenn das Asylverfahren abgearbeitet ist und es keinen Aufenthaltstitel gibt, dann kann auch die Abschiebung drohen. Die "behördliche Struktur" soll den ganzen Vorgang beschleunigen, so dass der Integrationsprozess für Menschen mit guten Bleibeaussichten schneller beginnen kann. Man muss einfach akzeptieren, dass nicht jeder Asylantrag Aussicht auf Erfolg hat.

<https://www.ivz-aktuell.de/Lokales/7561651/ZUE-hat-Lagercharakter>

„Die wenigsten bleiben in Ibbenbüren“ Bezirksregierung reagiert auf Kritik an ZUE

Mittwoch, 30. Jan. 2019 - 17:06 Uhr von Linda Braunschweig

Die Zentrale Unterbringungseinrichtung am Schwarzen Weg wird erweitert, wie vom Land vorgegeben. Auf Anfrage nimmt die Bezirksregierung auch zur Ende Dezember von Vertretern des Kirchenkreises Tecklenburg geübten Kritik an der ZUE Stellung.

IBBENBÜREN. In der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) für Flüchtlinge am Schwarzen Weg wird weiter gebaut: Die Bezirksregierung Münster setzt die vom Land vorgegebene Erweiterung auf 960 Plätze mit zwei großen neuen Containeranlagen fort – trotz sinkender Flüchtlingszahlen. Jeder Regierungsbezirk sei verpflichtet eine bestimmte Kapazität vorzuhalten, teilt die Bezirksregierung auf Anfrage zu den Ausbauplänen mit. Wie berichtet kommt ein großer Teil der in

der ZUE untergebrachten Menschen aus so genannten sicheren Herkunftsländern und hat wenig Chancen auf ein Bleiberecht.

In Schöppingen bei Gronau sollte die ZUE eigentlich Mitte des Jahres geschlossen werden. Diese Entscheidung hat die Bezirksregierung zurückgezogen. So oder so hat das keine Auswirkungen auf die Einrichtung in Ibbenbüren, teilt die Bezirksregierung mit.

Derzeit sei mit den zwei neuen „Bewohnerhäusern“ am Schwarzen Weg der dritte Bauabschnitt im Gange. Spätestens im März könnten die Bewohner dort einziehen. Damit lebten dann alle Bewohner in den neuen Gebäuden. Anschließend werden die alten grauen Container abgebaut und der Bereich „der ehemaligen Notunterkunft kann vollständig nach den neuen, verbesserten Standards umgebaut werden“. Der gesamte Bauabschnitt werde Ende des Jahres fertig sein.

Auf Anfrage nimmt die Bezirksregierung auch zur Ende Dezember von Vertretern des Kirchenkreises Tecklenburg geübten Kritik an der ZUE Stellung. Der Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Tecklenburg, André Ost, und Pastor Reiner Ströver, Flüchtlingsbeauftragter des Kirchenkreises, hatten der ZUE „Lagercharakter“ bescheinigt und insbesondere kritisiert, dass ehrenamtliche Helfer diese nicht betreten könnten. Die Menschen würden isoliert und Integration sei so unmöglich (wir berichteten).

„Nur für bestimmte Zeit in einer ZUE“

Mit der Definition eines „Lagers“, welches in der Regel provisorisch angelegt sei, könne die ZUE nicht verglichen werden, so die Verantwortlichen. Es gebe Konzepte und Projekte, die der „vorbereitenden Integration“ dienten. Dazu gehören laut Bezirksregierung „Deutsch- und Werte-Kurse“ sowie Beschäftigung der Bewohner, beispielsweise in einer Holzwerkstatt. Dabei werde ehrenamtlich unterstützt, „wobei (...) auf qualitativ angelegte Projekte geachtet wird“.

Zudem könnten die Bewohner Angebote in der Stadt nutzen. So würden einige von ihnen in Vereinen Fußball spielen, in die Kirchen gehen oder seien im Café International anzutreffen. Auch einen Deutschkurs außerhalb der ZUE könnten sie besuchen.

Aber: Bei der Frage der Integration müsse genau unterschieden werden zwischen den Flüchtlingen in einer ZUE und den Flüchtlingen, die kommunal zugewiesen sind. „Alle Menschen sind nur für eine bestimmte Zeit in einer ZUE untergebracht, dadurch bleiben nur die wenigsten in Ibbenbüren, sondern werden NRW-weit den Kommunen zugewiesen“, so die Bezirksregierung. Die Menschen aus sicheren Herkunftsländern müssten in der Regel wieder in ihre Heimat zurück. „Hierzu werden sie beraten.“ Nur als letztes Mittel stehe die Rückführung durch die zentrale Ausländerbehörde.

Unterricht in der ZUE

Ost und Ströver hatten kritisiert, dass die Menschen bis zu zwei Jahren in der ZUE untergebracht sein könnten und es unangekündigte nächtliche Abschiebungen gebe. Richtig sei, dass Personen, die wieder in die Heimatländer zurück müssen, „unter gewissen Umständen länger in einer Landeseinrichtung bleiben“, so die Bezirksregierung. Damit sollten die Kommunen entlastet werden. „Insbesondere Familien sind hiervon zum Wohle der Kinder aber nicht betroffen.“

Auch die über längere Zeit fehlende Beschulung der Kinder hatten Ost und Ströver kritisiert. Die Schulpflicht für die Kinder setze erst mit der Zuweisung in eine Kommune ein, so die Bezirksregierung. Dieses sei im Sinne der Kinder, „da nur in den Kommunen, in denen sie ihren Lebensmittelpunkt finden, eine langfristige Integration möglich ist“. In der ZUE gebe es Unterricht „auf niedrigschwelligem Niveau“.

Die Vertreter des Kirchenkreises hatten auch bemängelt, dass die unabhängige Verfahrensberatung innerhalb der Einrichtungen angesiedelt ist. Das ist laut Bezirksregierung Teil des Landesgewaltschutzkonzepts und „macht es den Menschen leichter, Beratungen zu erhalten und ihre Verfahren prüfen zu lassen“. Die Beratung gebe keine Auskünfte an die Beschäftigten der Landesregierung weiter.

<https://www.ivz-aktuell.de/Lokales/7565976/Die-wenigsten-bleiben-in-Ibbenbueren>